



Sarganserländer
8887 Mels
081/ 725 32 32
www.sarganserlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 10'094
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Themen-Nr.: 800.12
Abo-Nr.: 1084696
Seite: 13
Fläche: 65'609 mm²

TAGESTHEMA: KINDERBETREUUNG

Grosis sollen fürs Kinderhüten eine bessere Rente erhalten



Rente aufbessern: Betreuungsleistungen von **Grossmüttern** sollen sich in der Rente niederschlagen. Bild Gaetan Bally/Keystone



Sarganserländer
8887 Mels
081/ 725 32 32
www.sarganserlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 10'094
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Themen-Nr.: 800.12
Abo-Nr.: 1084696
Seite: 13
Fläche: 65'609 mm²

Grossmütter, die bei der Betreuung ihrer Enkel mithelfen, sollen dafür eine höhere Rente erhalten. So lautet eine Idee der «Grossmütterrevolution».
In Bundesbern rennen sie damit indes offene Türen ein.

Von Karen Schärer

Bern. – Im Vorfeld der Abstimmung über die SVP-Familieninitiative wird schweizweit darüber diskutiert, ob Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, in den Genuss von Steuererleichterungen kommen sollen. Perfekter könnte der Moment damit für die in der Bewegung «Grossmütterrevolution» aktiven Frauen nicht sein, auf die unentgeltlichen Leistungen der älteren Generation aufmerksam zu machen – und ihre Forderungen zu bekräftigen.

Grosseltern sind knapp 79 Millionen Stunden pro Jahr als Betreuer ihrer Enkel im Einsatz. Dieser Hütedienst hat einen enormen wirtschaftlichen Wert: Laut der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung entspricht er zwei Milliarden Franken im Jahr. Monika Stocker, ehemalige Zürcher Stadträtin und frühere Nationalrätin, beklagte bereits 2010 gegenüber der «Südostschweiz», dass dieser Einsatz von der Gesellschaft zu wenig honoriert werde. In der «NZZ am Sonntag» von gestern sagte sie nun: «Wir verlangen, dass diese Arbeit nicht nur Beachtung und Wertschätzung findet, sondern auch Anerkennung bei der Berechnung der Leistungen.»

Lücken in der Altersvorsorge

Auf Anfrage präzisiert Stocker, die sich in der von der Migros unterstützten «Grossmütterrevolution» enga-

giert, es gehe nicht um eine Entlohnung des Hüten. Sondern: «Wir möchten, dass diese Arbeit in der sozialen Sicherheit angerechnet wird.» Kinderhüten soll also die Rente aufbessern. Wie die Studie «Das vierte Alter ist weiblich» (2012) festhält, sind es grossmehrerheitlich Frauen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten. Sie reduzieren oder unterbrechen zugunsten der Kindererziehung oder der Pflege anderer Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit. Später haben sie deshalb mit Lücken in der Altersvorsorge zu kämpfen. «Weil man nur Lohnarbeit sozial absichern kann, gibt es für alte Frauen immer noch ein erhebliches Armutsrisiko», sagt Stocker.

Ideen, wie die Aufbesserung der Rente aussehen könnte, haben die revolutionären Grossmütter: Beispielsweise könnten für das Grosskinderhüten oder die Pflege von Angehörigen, Bekannten oder Nachbarn Gutschriften gesammelt werden – ähnlich einer Erziehungsgutschrift für die Betreuung von Kindern bis 16 Jahre im eigenen Haushalt. Erziehungsgutschriften sind keine direkte Geldleistung, sondern entsprechen einem Zuschlag zum Erwerbseinkommen, aus dem die Rente berechnet wird. Oder die Stunden, die eine Person für Betreuungs- und Pflegeleistungen aufwendet, könnten auf einem Zeitvorsorge-Konto registriert werden. In der Stadt St. Gallen gibt es bereits ein entsprechendes Projekt, bei dem Rentner unentgeltlich Hochbetagte betreuen und dafür Zeit gutgeschrieben bekommen. Dieses Zeitguthaben können sie später für selbst benötigte Betreuungsleistungen wieder einsetzen.

Nachteile der Care-Arbeit

Mit ihren Forderungen rennen die Frauen offene Türen ein. Mehrere Vorstösse im Bundesparlament drehen sich um das Thema unbezahlte Care-Arbeit und Möglichkeiten der Entschädigung. Bereits publiziert ist ein Bericht des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann zur «Absicherung unbezahlter Care-Arbeit von Frauen und Männern» (2012). Auch der Bundesrat arbeitet seit 2011 an einem Bericht zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege. Dieser wird 2014 erwartet.

Laut der Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker, die eine Subkommission zum Thema leitet, wird der Aspekt der Kinderbetreuung durch Grossmütter in diesem Bericht allerdings nicht berücksichtigt. «Ich würde es unterstützen, diesen Aspekt separat nochmals aufzugreifen», sagt Schenker. Sie unterstreicht wie Stocker auch die grosse Bedeutung der Unterstützungsleistungen, welche ältere Frauen erbringen.

Einer Entschädigung der Betreuungsleistungen von Grosseitern nichts abgewinnen kann hingegen CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz. «Die allermeisten Grosseitern sind sehr glücklich, dass sie ihre Enkel hüten dürfen.» Eine Gegenleistung stehe deshalb nicht im Vordergrund. Für die Pro-Familia-Geschäftsführerin hat die «Ökonomisierung der Gesellschaft» Grenzen. Auch sie steht jedoch dafür ein, dass Eltern und Personen, die Angehörigenpflege oder -betreuung leisten, nicht im Rentenalter bei der AHV Einbussen verzeichnen müssen. Heute erhalten lediglich 60 Prozent der Paare eine Maximalrente. Stocker und ihre Mitstreiterinnen sähen gern rasche Resultate: «Wir sind ungeduldig», sagt Stocker. «Wir möchten gern jetzt gewisse Verbesserungen für Frauen, die jetzt alt sind.»



Sarganserländer
8887 Mels
081/ 725 32 32
www.sarganserlaender.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 10'094
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Themen-Nr.: 800.12
Abo-Nr.: 1084696
Seite: 13
Fläche: 65'609 mm²

Absage an Familieninitiative

Bern. – In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» hat sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nochmals für die Ablehnung der SVP-Familieninitiative stark gemacht, die am 24. November an die Urne kommt. Für sie ist die Forderung nach Abzügen auch für Familien, die ihre Kinder daheim betreuen, «nicht logisch». «Zusätzliche Abzüge kann nur geltend machen, wer auch zusätzliche Kosten für die Fremdbetreuung hat. Die Fremdbetreuung ermöglicht ein Zweiteinkommen, auf das viele Familien angewiesen sind und das auch versteuert werden muss.» Wer seine Kinder daheim betreue, dem entstünden keine zusätzlichen Kosten. Zudem erinnert sie daran, dass der Bund in den vergangenen Jahren viel für die Familien getan habe; über 50 Prozent der Familien bezahlten heute keine direkte Bundessteuer mehr. «Da braucht es keine weitere Entlastung für eine bestimmte Gruppe.» (sda)